



Die Herausforderung: Chancengerechtigkeit für alle

Plädoyer für eine zukunftssichernde Bildungspolitik in NRW

von Karl-Albert Eßer, stellvertretender CDA-Landesvorsitzender

Bildung für alle ist die wichtigste gesellschaftliche Herausforderung im 21. Jahrhundert. Bildung ist und bleibt der Weg zum gesellschaftlichen Aufstieg. Bildung vermittelt Orientierung und bestimmt Lebenswege.

Es ist daher eine gemeinsame Aufgabe von Eltern, Gesellschaft und Politik, Chancengerechtigkeit für alle so weit wie möglich zu verwirklichen. Kinder und Jugendliche, gerade auch aus bildungsfernen Schichten, müssen unsere Gesellschaft als offen, gerecht und chancenreich erleben. Sie müssen hautnah erfahren können, dass Bildung, Leistung und Fleiß Garanten des gesellschaftlichen Aufstiegs sind. Jeder einzelne muss nach seiner Begabung gefördert und gefordert werden. Dies verlangt unser christliches Verständnis vom Menschen in seiner Einzigartigkeit.

Dies zu tun ist auch ein Akt der Klugheit. Unsere Gesellschaft kann ihre Zukunftsfähigkeit angesichts der demographischen Entwicklung nur sichern, wenn sie allen jungen Menschen - ungeachtet ihrer Herkunft - die notwendigen Bildungschancen eröffnet. Oder anders gesagt: Unsere Gesellschaft wird ihren Wohlstand verlieren, wenn sie nicht auf alle Kinder und Jugendlichen setzt: auf die aus den bildungsfernen ebenso wie die aus den bildungsnahen Schichten. Alle brauchen wir als Leistungsträger unserer Gesellschaft.

Natürlich tragen die Eltern die größte Verantwortung am Bildungsprozeß ihrer Kinder. Gelingendes Familienleben kann durch nichts ersetzt werden. Die meisten Eltern werden ihrem Erziehungsauftrag gerecht. Sie eröffnen ihren Kindern die notwendigen Bildungschancen.

Es ist aber auch gesellschaftliche Wirklichkeit, dass eine zunehmende Zahl von Eltern entweder nicht willens oder einfach nicht in der Lage ist, ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag zu erfüllen.

Bildungspolitik kommt daher eine immer stärkere Bedeutung zu. Nur durch mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung haben Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten die Möglichkeit, ihre Entwicklungs- und Lebenschancen selbstverantwortlich in die Hand zu nehmen und sich die Teilhabe am gesellschaftlichen Fortschritt zu sichern. Ansonsten drohen ihnen und der Gesellschaft sogenannte „Sozialkarrieren“ mit persönlich problematischen und gesellschaftlich kostenintensiven Lebensverläufen.

Die Politik hat, soweit dies aufgrund der hohen Verschuldung von Bund, Ländern und Kommunen zu verantworten ist, die notwendigen finanziellen Mittel für eine nachhaltige Bildungspolitik bereitzustellen. Dabei muss es eine faire Lastenverteilung zwischen den Gebietskörperschaften geben. Bei einer Abwägung der finanziellen Ressourcen für die Bildungs- und Familienpolitik ist der strukturellen Förderung der Bildungseinrichtungen der Vorrang einzuräumen vor der individuellen Förderung der Familien.

Frühkindliche Bildung fördern

Die frühkindliche Bildung ist für die Entwicklung eines Kindes von entscheidender Bedeutung. Sowohl im Elternhaus als auch in den Kindertageseinrichtungen werden die Weichen für die zukünftige persönliche Entwicklung und damit für die spätere schulische und berufliche Laufbahn gestellt. Zwischen den Eltern und den Erzieherinnen und Erziehern der Kindertageseinrichtungen muss es von Beginn an verbindliche Gespräche geben – im Interesse des Kindes. Der Besuch einer Kindertagesstätte ab dem dritten Lebensjahr sollte die Regel sein. Für die Unter-Dreijährigen-Betreuung ist ein bedarfsgerechtes Angebot anzustreben. Gezielte Sprachförderung für Kinder aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte oder sozial schwächeren Familien ist unabdingbar. Nur wenn es gelingt, diesen Kindern in den ersten

Lebensjahren die notwendige Sprachkompetenz zu vermitteln, haben sie die Chance, ihre Schullaufbahn erfolgreich zu absolvieren. Gesunde Ernährung mit mindestens zwei Mahlzeiten muss in den Kindertageseinrichtungen obligatorisch sein.

Bildungsauftrag der Schulen stärken

Schulen müssen ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag angesichts zunehmender Orientierungs- und Perspektivlosigkeit vieler Eltern umfassend wahrnehmen. Nicht die Schulstrukturen sind in erster Linie entscheidend für die schulische und später berufliche Entwicklung eines jungen Menschen, sondern die konkreten Rahmenbedingungen und die individuelle Förderung.

Schulen müssen sicherlich zuerst Wissen und Fertigkeiten vermitteln. Dazu gehören die Entdeckung und Förderung der musikalischen, künstlerischen und sportlichen Talente der Kinder ebenso wie schlichte lebenspraktische Fertigkeiten.

Ebenso wichtig ist aber die Vermittlung von Werten und Tugenden. Gerade für Kinder aus Familien ohne eigenes Einkommen ist es in besonderer Weise wichtig, dass sie zu eigenverantwortlichem Handeln angeleitet werden.

Bildung muss immer auch Bildung des Herzens sein. Schulen können ihrem ganzheitlichen Auftrag aber nur gerecht werden, wenn die notwendigen personellen und räumlichen Voraussetzungen gegeben sind. Angesichts rückläufiger Schülerzahlen kann die Schüler-Lehrer-Relation trotz der Finanzschwäche des Bundeslandes NRW verbessert werden. Damit würde allen Kindern geholfen, vor allem denen aus bildungsfernen Familien. In vielen Schulen ist die Mitarbeit von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie Psychologinnen und Psychologen ebenso notwendig wie die Gewinnung von persönlichen, ehrenamtlichen Bildungspaten.

Ganztagschulen als Zukunftsmodell

Ganztagschulen gehört die Zukunft - aufgrund der beruflichen Situation von Alleinerziehenden oder beider Elternteile, aber auch aufgrund der schwachen Erziehungskompetenz vieler Eltern. Ganztagschulen sind weder Heilsbringer noch Teufelswerk. Sie sind schlicht die notwendige bildungspolitische

Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen. Ein weiterer Ausbau der Ganztagsangebote an wohnortnahen Primar- und weiterführenden Schulen ist alternativlos. Ganztagsbetreuung und -förderung muss auf jeden Fall für die Kinder verpflichtend sein, deren schlechte schulische Leistungen einen qualifizierten Abschluss an einer weiterführenden Schule gefährden. In Ganztagschulen ist – ebenso wie in den Kindertageseinrichtungen – die Verpflegung der Schülerinnen und Schüler zumindest morgens und mittags sicherzustellen.

Das Ziel: Qualifizierter Schulabschluß für jeden

Es muss zentrales bildungspolitisches Ziel, dass jeder Schüler einen qualifizierten Schulabschluss erwirbt. Dieser ist und bleibt die Voraussetzung für einen Ausbildungsplatz mit der Perspektive einer dauerhaften Beschäftigung. In besonderer Weise muss darauf geachtet werden, dass ein solcher Schulabschluss auch für die Schülerinnen und Schüler zu erreichen ist, die vornehmlich praktische Talente haben. Wer als junger Erwachsener keine schulische oder berufliche Qualifikation erworben hat, muss mit staatlicher Unterstützung die Chance erhalten, entsprechende Abschlüsse nachzuholen.

Unterstützung der Familien oft unabdingbar

Viele Familien brauchen zeitweise, oftmals sogar dauerhaft die Unterstützung der Gesellschaft, um ihrem Erziehungsauftrag gerecht zu werden. Die professionellen Dienste in Form von quartierbezogenen Familienzentren, Familienberatungsstellen oder der aufsuchenden Sozialarbeit sind weiter zu stärken. Alle Maßnahmen müssen zum Ziel haben, die Eigenverantwortung der Eltern zu stärken. Wir brauchen zugleich dichte Netzwerke von ehrenamtlich tätigen Familienpaten, die sich kontinuierlich und konkret um einzelne Familien kümmern. Gerade junge Familien mit unsicheren beruflichen Perspektiven und erkennbarer Überforderung müssen sich gesellschaftlich getragen fühlen. Das Angebot einer frühzeitigen Begleitung nach der Geburt des ersten Kindes muss für diese Familien obligatorisch sein.

Geordnetes Wohnumfeld schaffen

Zur Entwicklung eines Kindes trägt dessen Wohnsituation erheblich bei. Kinder aus benachteiligten Schichten leben mit ihren Eltern in der Regel auch in benachteiligten Quartieren, die sich oftmals zu sozialen Brennpunkten entwickelt haben. In solchen Quartieren lernen sie seltener Menschen kennen, die stabile Lebensbedingungen erreicht haben. Ihnen fehlen in vielen Fällen positive Leitbilder. Solche Quartiere müssen daher durch eine gezielte kommunale Wohnungsbaupolitik und professionelles Stadtteilmanagement einschließlich der Gründung und Förderung von Bewohnerorganisationen mittel- bis langfristig aufgewertet werden. Zugleich müssen die staatlichen und kommunalen Angebote wie Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie die Freizeitmöglichkeiten gerade in solchen Wohnquartieren besonderen Qualitätsansprüchen genügen.

Düsseldorf, 21. Juli 2011

Der vorangegangene Text ist die Weiterentwicklung des Thesenpapiers „Aufstieg durch Bildung – Chancengerechtigkeit für alle“ – sechs Bildungsoptionen für Kinder und Jugendliche aus benachteiligten Familien, veröffentlicht 2008.